Gesetze, Verordnungen und Mitteilungen aus der Hamburgischen Kirche

Hamburg, den 21. Dezember 1928.

An die Kirchenvorstände des 1. Kirchenkreises einschl. Bergedorf.

Der Kirchenrat übersendet dem Kirchenvorstand nachstehend eine Niederschrift über die am 14. Dezember 1928 im St. Jakobi-Gemeindefaal gehabte Verhandlung mit der Bitte um Kenntnissnahme.

Der Präsident.

Besprechung zwischen Vertretern des Kirchenrats und der Kirchengemeinden über die Einziehung der Kirchensteuern usw.

am 14. Dezember 1928, 15 Uhr, im Gemeindefaal zu St. Jakobi.

Vertreten sind die Kirchengemeinden des 1. Kirchenkreises, mit Ausnahme von St. Gertrud, Fuhsbüttel, Hamm und Horn, Harbestehude und Beddel; aus dem 2. Kirchenkreis ist Bergedorf vertreten.

Herr Präsident Dr. Schröder begrüßt die Erschienenen und teilt mit, daß der Kirchenrat zu einer Besprechung über verschiedene wichtige Punkte eingeladen habe, um den Gemeinden darüber zu berichten und sie um ihre Mitarbeit zu bitten.

I. Beitreibung der Kirchensteuern.

Herr Syndikus Dr. Piezker berichtet:

Der Veranlagung zur Kirchensteuer werden die im Oktober jeden Jahres auszufüllenden Personenstandsbogen zugrunde gelegt, in denen eine Angabe über die Religionszugehörigkeit enthalten ist. Nach diesen Angaben werden jährlich Urlistenkarten neu ausgeschrieben, die jeweils die Grundlage für die Veranlagung zur Kirchensteuer bilden. Nach diesen Karten werden die Sollbücher angelegt und die Steuerbescheide ausgeschrieben. Wird dann auf Grund eines Steuerbescheides keine Zahlung geleistet, so erfolgt durch das Finanzamt die Mahnung und evtl. die Zwangsbeitreibung. Die Kirchensteuer kann zu mehreren Terminen bezahlt werden. Bisher erfolgte nach Ablauf eines jeden Termins bereits eine Mahnung durch die Finanzämter; nach längeren Verhandlungen ist es dem Kirchenrat gelungen zu erreichen, daß diese Mahnungen unterbleiben, vielmehr erst nach Fälligerwerden der ganzen Steuer einsetzen. Nach erfolgloser Mahnung werden die Rückstände durch die Finanzämter zwangsweise beigetrieben. Nach den Vorschriften des Reichsfinanzministers müssen die Beitreibungen in gleicher Weise erfolgen wie bei den übrigen Reichssteuern. Das führt notgedrungen häufig zu scharfen Maßnahmen (Pfändung von Gegenständen, Lohnpfändungen, zwangsweises Öffnen der

Wohnungen), die vom Publikum nicht verstanden werden, in erster Linie auch deswegen nicht, weil es sich dabei um eine Kirchensteuer handelt. In solchen Fällen hat durchweg eine starke Verbitterung gegen die Kirche festgestellt werden müssen, die leicht zum Kirchenaustritt führt. Erfahrungsgemäß wächst die Ziffer der Kirchenaustritte gerade zu den Beitreibungsterminen wesentlich an. Bei der Kirchensteuerabteilung hat man — zunächst erst versuchsweise — in solchen Fällen und bei vorliegenden Reklamationen die Betroffenen persönlich aufgesucht. Wir haben damit beste Erfahrungen gemacht, auch eine nennenswerte Zahl von Wiedereintritten erreicht.

Es besteht nunmehr die Absicht, alle Steuerzahler, die auf Grund der Mahnungen der Finanzämter nicht gezahlt haben, persönlich aufsuchen zu lassen, um bei ihnen festzustellen, aus welchen Gründen keine Zahlung geleistet worden ist. Es wird sich hierbei aber schätzungsweise um rund 70 000 Personen handeln. Diese Arbeit kann durch unsere Steuerabteilung nicht bewältigt werden, da diese eben nur soviel Personal hat, wie für die Erledigung der laufenden Reklamationen (jährlich ca. 36 000) nötig ist. Das persönliche Aufsuchen der Restanten durch ehrenamtliche Mitglieder der Kirchenvorstände scheint dem Kirchenrat ausgeschlossen, da man eine derartige Inanspruchnahme den Kirchenvorstehern usw. nicht zumuten kann. Für die hauptamtliche Erledigung werden bei voller Ausnutzung der Arbeitskraft ein Jahr hindurch 15 bis 17 Personen tätig sein müssen. Diese betreffenden Angestellten werden nach Gruppe IV unseres Angestelltenariefes besoldet, das entspricht einer Entschädigung von 2500 *RM* Anfangs- und 3800 *RM* Endgehalt. Es ist nötig, nur solche Personen auszuwählen, die im Verkehr mit dem Publikum geschult sind. Außerdem müssen sie noch gewisse Vorkenntnisse über die Kirchenverfassung, Steuerrecht, Kassen- und Rechnungswesen usw. haben; auch dürfen sie nicht zu jung sein. Die Ausbildung der betreffenden Angestellten würden Beamte des Kirchenrats übernehmen. Für die Auswahl der Anzustellenden bittet der Kirchenrat aber die Gemeinden, geeignete Namen vorschlagen zu wollen.

Gewiß werden zunächst durch die Bezahlung dieser besonderen Kräfte Mehrausgaben entstehen. Es ist aber anzunehmen, daß sich diese Kosten weitaus durch erhöhten Steuereingang ausgleichen. Außerdem hat diese Maßnahme den großen Vorteil, daß die Kirche wirklich einmal mit einer ganzen Reihe von Steuerzahlern wieder persönliche Verbindung bekommt. Im April/Mai nächsten Jahres wird diese Arbeit aufgenommen werden müssen.

Herr Oberinspektor Kluge (Steuerabteilung) erläutert im einzelnen die praktische Arbeit in der Kirchensteuerabteilung.

Herr Matthaei (Friedenskirche-Gilbeck) begrüßt es, daß die Kirche selbst bei der Steuereinzahlung mit eingreift. Es wäre auch zu erwägen, ob nicht auf die Pfändung überhaupt verzichtet werden könnte.

Dem widerspricht Herr Syndikus Dr. Piezker. Eine solche Maßnahme würde dazu führen, daß immer weniger Steuerpflichtige ihre Kirchensteuer freiwillig entrichten würden.

Herr Ortlepp (St. Thomas) empfiehlt die Einrichtung von Zahlstellen bei den Kirchengemeinden. In seiner Gemeinde St. Thomas habe man damit beste Erfahrungen gemacht.

Herr Dr. Piezker hält dem entgegen, daß man sich vor einigen Jahren der Gemeinden schon bei Einziehung der Kirchensteuern bedient habe. Das habe sich aber nicht bewährt, da sich nachdem verschiedene Differenzen bezüglich eingezahlter Beträge herausgestellt hätten. Wo die Schuld gelegen habe, hätte sich allerdings nicht feststellen lassen.

Herr Bürgermeister D. Dr. Schröder (St. Jakobi) und Herr Palm (Nord-Barmbeck) sprechen sich dafür aus, daß doch weitere Zahlstellen eingerichtet werden möchten. Die Finanzämter lägen von den Wohnungen der verschiedenen Steuerpflichtigen häufig recht weit entfernt, die

Einzahlungen würden besser vorgenommen werden, wenn die Steuerpflichtigen es bequemer hätten; denn der Bank- und Postcheckverkehr sei der Mehrzahl der Steuerpflichtigen, besonders der Lohnsteuerpflichtigen, nicht geläufig.

Herr Sandtner (St. Jakobi) schildert die praktischen Erfahrungen im St. Jakobi-Gemeindedienst. Durch das regelmäßige Auffuchen der Gemeindeglieder würde den Kirchenaustritten wesentlich vorgebeugt.

Herr Präsident Dr. Schröder faßt dann das Ergebnis über diesen Punkt zusammen:

1. Die Vertreter der einzelnen Gemeinden nehmen von den Verhandlungen Kenntnis, sie werden gebeten, dem Kirchenrat Namen von zuverlässigen Personen, die für die Arbeit in Frage kommen, zu nennen;
2. der Kirchenrat wird prüfen und mit dem Landesfinanzamt darüber verhandeln, ob sich augenblicklich die Einrichtung weiterer Zahlstellen ermöglichen läßt.

II. Feststellung der Kirchenzugehörigkeit.

Herr Syndikus Dr. Piezcker berichtet:

In den letzten Jahren haben sich bei der Feststellung der Zugehörigkeit zur Kirche erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die Veranlagung der Steuerpflichtigen geschieht — wie schon zu I ausgeführt — nach den Personenstandsbogen. In diesen Bogen sind die Angaben über Religionszugehörigkeit häufig recht ungenau. Diese Rubrik wird teilweise überhaupt nicht ausgefüllt, teilweise werden ungenaue Angaben gemacht usw. Diese Fälle müssen geklärt werden, damit die Zugehörigkeit einwandfrei festgestellt werden kann. Würde man diese Steuerpflichtigen sämtlich freilassen, so würde das für die Steuererhebung eine große Gefahr bedeuten, da ja diese Angaben die einzige Grundlage für die Veranlagung zur Kirchensteuer bilden. Würde man also auf Nachforschungen in diesem Falle verzichten, könnte das leicht einen Anreiz bilden für andere Steuerpflichtige, ebenfalls ungenaue Angaben zu machen, weil sie dann zur Kirchensteuer nicht mehr herangezogen würden. In diesem Falle ohne weiteres eine Veranlagung vorzunehmen, hat das Landesfinanzamt abgelehnt.

Nach Verständigung mit dem Statistischen Landesamt hat es der Kirchenrat übernommen, bei ungenauen Angaben die Betroffenen persönlich zu befragen. Eine Reihe von Fällen wird die Kirchensteuerabteilung ohne weiteres aussondern können, da sie seit ca. 2 Jahren ein Register über alle Ausgetretenen führt; auch können Personen mit vermutlich kleinem Einkommen (Dienstmädchen, Lehrlinge u. a.) ohne weiteres fortgelassen werden. Die Steuerabteilung wird dann die noch verbleibenden Personenstandsbogen nach Straßen geordnet den einzelnen Gemeinden übersenden. Dann müßte die Mitarbeit der Gemeinden einsetzen, indem die einzelnen Pflichtigen persönlich aufgesucht würden. Diese Mitarbeit müßte durch ehrenamtliche Kräfte ausgeführt werden. Der Kirchenrat hofft, daß die einzelnen Gemeinden diese Arbeit gern übernehmen, da dadurch wieder persönliche Beziehungen mit einer Reihe von Gemeindegliedern angeknüpft werden können. Die näheren Unterlagen für die Arbeit wird der Kirchenrat im Januar/Februar 1929 den Gemeinden zustellen können.

Nach kurzer Aussprache stellt Herr Präsident Dr. Schröder die Bereitwilligkeit der Gemeinden zur Mitarbeit fest.

III. Aufstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1929.

Herr Syndikus Dr. Piezcker berichtet:

In den nächsten Tagen wird den Gemeinden ein Rundschreiben über die Aufstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1929 (1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930) zugehen. Vorher muß

der Kirchenrat in seiner nächsten Sitzung noch dazu Stellung nehmen. Es ist beabsichtigt, es im allgemeinen bei den in den früheren Jahren herausgegebenen Anweisungen zu belassen.

Nur bezüglich der Position 7 der Ausgabe (Instandhaltung der Gebäude) werden neue Vorschriften ergehen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die festen Pauschsätze für Unterhaltung der Gebäude (z. B. 1000 RM für eine Kirche, 500 RM für ein Pastorat) sich nicht bewährt haben. Angeregt auch durch die Wünsche einer Reihe von Kirchengemeinden soll nun eine genauere Spezifikation der vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten für die einzelnen Gebäude erbeten werden.

Es ist folgende Trennung vorgesehen:

- a) Instandsetzungsarbeiten, die sich vorher übersehen lassen (einzeln zu spezifizieren);
- b) kleinere laufende Instandsetzungsarbeiten, für die eine bestimmte Summe noch nicht festgesetzt werden kann, die sich auch andererseits nicht vorhersehen lassen (hierfür ist ein kleiner Pauschsatz gedacht);
- c) größere Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten (durch eingehende Kostenschläge zu belegen).

Diese Aufstellung wird dann einen Überblick geben über die Arbeiten, die in den einzelnen Gebäuden vorgenommen worden sind. Darüber wird in der Bauabteilung des Kirchenrats eine Kartothek geführt werden. Es ist sehr erwünscht, daß zu dem Voranschlag überhaupt, insbesondere aber zu dieser Position, eine eingehende Begründung des Kirchenvorstandes mit eingereicht wird; denn daran hat es doch häufig bei verschiedenen Gemeinden gemangelt.

Es ist anzunehmen, daß der Kirchenrat in seiner nächsten Sitzung diesen Vorschlägen zustimmt, die Gemeinden werden dann umgehend nähere Nachricht erhalten.

Nach kurzer Aussprache stellt Herr Präsident Dr. Schröder fest, daß die Vertreter der Gemeinden vorläufig Kenntnis nahmen.

Schluß der Sitzung 16 Uhr 20 Minuten.

H. Schröder Dr.
Präsident.

Riecke
Amtmann.